



Niederschrift

34. Sitzung Hauptausschuss
8. November 2022, 16:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz
Vorsitz: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

1.

Punkt 1 der Tagesordnung: Mehr Sicherheit für Prostituierte auf dem Straßenstrich

Antrag: KAL/Die PARTEI

Vorlage: 2022/0799

Punkt 1.1 der Tagesordnung: Umsetzung eines Sexkaufverbots

Änderungsantrag SPD

Vorlage: 2022/2186

Beschluss:

Verwiesen in Fachgremium

Abstimmungsergebnis:

Keine Abstimmung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und teilt die Namen der entschuldigten Stadträt*innen mit. Er weist darauf hin, dass zu Tagesordnungspunkt 1 und 1.1 auch Mitglieder des Sozialausschusses eingeladen seien und dass Tagesordnungspunkt 3 Kriminalität 2021 – Erfasste Straftaten und Tatverdächtige in Karlsruhe und Tagesordnungspunkt 15 Stellplatzablässe abgesetzt worden seien. Anschließend ruft er die Tagesordnungspunkte 1 und 1.1 zur Behandlung auf. Er schlägt dem Gremium ein gemeinsames Treffen mit der Fachgruppe Prostituiertenschutzgesetz vor, zu dem die fachpolitischen Sprecher der Fraktionen eingeladen werden sollen. Nach diesem Austausch, der innerhalb der nächsten 4-5 Wochen stattfinden sollte, könne eine Empfehlung der Fachgruppe erstellt werden und die weitere Diskussion im Hauptausschuss erfolgen. Weiter fährt er fort, dass nach den vorliegenden Informationen derzeit maximal 20 Prostituierte auf dem Straßenstrich arbeiten. Aktuelle Zahlen von Straftaten im Zusammenhang mit Straßenprostitution liegen derzeit nicht vor. Im Weiteren führt er die Vorgehensweise der Stadt Köln aus, die einen Sperrbezirk festgesetzt habe. Auch gebe es dort eine betreute Wohnwagensiedlung, was jedoch nicht dazu führte, dass nicht auch an anderen Stellen der Stadt der Straßenprostitution nachgegangen werde. Das Verbot der Straßenprostitution in Heilbronn rühre daher, dass es dort ein

massives Kriminalitätsaufkommen gegeben habe. Diese liege aber in Karlsruhe nicht vor, weshalb kein generelles Sexkaufverbot ausgesprochen werden könne.

Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI) befürwortet das vorgeschlagene Vorgehen und bittet darum, dass bei dem Treffen mit der Fachgruppe Prostituiertenschutzgesetz auch die Situation der Straßenprostitution behandelt werde und auch weiterhin die Politik beteiligt werde.

Stadträtin Moser (SPD) spricht sich ebenfalls für das vorgeschlagene Vorgehen aus.

Stadträtin Fahringer (GRÜNE) bittet nach den Treffen um eine veröffentlichbare Darstellung der Lage.

Stadtrat Kalmbach (FW|FÜR) gibt zu bedenken, dass es einerseits die Sichtweise des skandinavischen Modells gebe sowie die Sichtweise, Prostitution als Arbeit zu betrachten. Darüber solle eine politische Willensbildung erfolgen.

Stadtrat Høyem (FDP) spricht sich ebenfalls für das vorgeschlagene Vorgehen aus, bittet aber zu berücksichtigen, dass auch wenn es immer wieder so betitelt werde, es kein skandinavisches Modell gebe. In Dänemark werde ganz anderes mit dem Thema umgegangen als in Norwegen oder Schweden.

Stadträtin Binder (DIE LINKE.) und **Stadträtin Meier-Augenstein (CDU)** befürworten ebenfalls das vorgeschlagene Vorgehen.

Der Vorsitzende fasst abschließend zusammen, dass nach der inhaltlichen Diskussion mit der Fachgruppe Prostituiertenschutzgesetz das Thema weiter im Hauptausschuss und gegebenenfalls im Gemeinderat behandelt werden solle und die Anträge insofern bestehen bleiben.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt – Ratsangelegenheiten –
23. November 2022